



Ausschuss für Gleichstellung und Frauen

4. Sitzung (öffentlich)

1. Dezember 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 15:48 Uhr

Vorsitz: Britta Oellers (CDU)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnis:

1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage]) **3**

2 No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen! **6**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1687

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Anja Butschkau (SPD),
eine Anhörung durchzuführen.

**3 Schutz von Kindern und Jugendlichen vor geschlechtsangleichenden
medizinischen Eingriffen 7**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1680

– Wortbeiträge

4 Verschiedenes 8

– keine Wortbeiträge

* * *

1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage])

Vorsitzende Britta Oellers: Die Aktuelle Viertelstunde wurde von der SPD-Fraktion beantragt. Mit Schreiben vom 28. November 2022 wurde der Antrag auf eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Abtreibungsgegner und Gehsteigbelästigungen in Dortmund am 26.11.2022“ form- und fristgerecht gemäß § 60 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen eingereicht.

Als Vorsitzende habe ich die Aktuelle Viertelstunde für diese Sitzung zugelassen. Gemäß § 60 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung entscheidet die Vorsitzende über die Aufteilung der Redezeit. Ich werde jetzt die Redezeiten nicht einteilen, sondern vorschlagen, dass wir eine halbe Stunde für diesen TOP ansetzen. Das muss natürlich nicht ausgenutzt werden. Vielleicht sind viele Fragen gleich, wenn die Ministerin vorgetragen hat, schon beantwortet.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI): Ich will vorab sagen, dass ich Ihnen, Frau Kollegin Butschkau, und der SPD-Fraktion sehr dankbar bin, dass diese Aktuelle Viertelstunde beantragt wurde, und die Vorfälle vom vergangenen Samstag in Dortmund in diesem Ausschuss auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Vorab sage ich, dass es gestern eine weitere Demo gegeben hat. Die Erkenntnisse, die ich Ihnen jetzt vortragen kann, beziehen sich allerdings auf den 26. November. Das ist nicht nur aufgrund der Tatsache, dass die Aktuelle Viertelstunde dazu beantragt wurde, sondern auch, weil wir in der Kürze der Zeit keine weiteren validierten Informationen dazu einholen konnten, der Fall.

Nach Angaben des Innenministeriums wurde am 26. November 2022 in Dortmund eine Versammlung in Form einer Kundgebung in der Zeit von 10:10 Uhr bis 12:15 Uhr mit in der Spitze 90 Teilnehmenden störungsfrei durchgeführt. Zwischen Teilnehmenden der Versammlung und insgesamt vier Personen, die eine entgegenstehende Meinung vertraten, kam es demnach zu Gesprächen sowie Diskussionen zum eigentlichen Versammlungsthema.

Was sich hier nüchtern liest, ist aus meiner Sicht dennoch erschütternd. Wer den Aufruf dazu im Internet gesehen und gehört hat, kann nämlich nachempfinden, dass sich die Menschen, die von dieser Kundgebung betroffen waren, bedroht und eingeschüchtert fühlten. Ich will das hier nicht wiederholen. Vielleicht hat der eine oder die andere sich diesen Aufruf im Internet einmal angeschaut. In der Rhetorik ist das wirklich sehr explizit. Die Grenze des Zumutbaren ist da aus meiner Sicht erreicht.

Gehsteigbelästigungen sind ein Phänomen, das eine enorme Belastung für die Menschen bedeutet, die davon betroffen sind. Es betrifft die Mitarbeiter*innen in den Beratungsstellen, das medizinische Personal in den Praxen und Kliniken und insbesondere und in ganz besonderer Weise natürlich die Frauen, die in dieser ohnehin sensiblen Situation Rat, Unterstützung und Hilfe suchen.

Sie alle werden mitunter auf verachtenswerte Weise durch radikale Abtreibungsgegner belästigt, bedroht und eingeschüchtert. Dafür ist Dortmund nur ein aktuelles Beispiel.

Wir haben das auch in anderen Städten in Nordrhein-Westfalen, aber auch deutschlandweit erlebt, und das auch in der sehr expliziten und, wie ich finde, so nicht hinnehmbaren Rhetorik, in der das teilweise stattfindet und Frauen bedroht und eingeschüchtert werden.

Frauen soll auf diese Art und Weise das Recht am eigenen Körper genommen werden, indem man sie nämlich einfach einschüchtert, indem man die Räume für sie sichtbar und fühlbar und hörbar eng macht. Das ist aus meiner Sicht so nicht hinnehmbar. Der ungehinderte Zugang zu Beratung und auch zu medizinischer Behandlung ist Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts der Frau und bedarf daher des besonderen Schutzes, wenn er durch radikale Abtreibungsgegner*innen erschwert und behindert wird.

Selbstverständlich ist allerdings natürlich in einer Demokratie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit elementarer Baustein. Nur im Einzelfall und unter Abwägung der in Rede stehenden Rechtsgüter kann sie eingeschränkt werden. Das ist selbstverständlich von ganz besonderer Wichtigkeit. Dementsprechend braucht es eine Rechtsgüterabwägung. Diese Abwägung, die Polizei und Ordnungsbehörden vor Ort im Einzelfall treffen müssen und die ihnen in Anbetracht dieses Gesichtspunktes sicherlich nicht leicht fällt, zeigt die uneinheitliche Rechtsprechung auch aus anderen Bundesländern aus der jüngsten Vergangenheit. Es gab da unterschiedliche Rechtsprechung zu den Möglichkeiten, diese Versammlungen einschränken zu können.

Daher bin ich froh, dass sich der Bund derzeit konkret mit der Prüfung beschäftigt, wie der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag des Bundes, Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern wirksame gesetzliche Maßnahmen entgegenzusetzen, sachgerecht umgesetzt werden kann.

Als Gleichstellungsministerin habe ich hierzu mit den Kolleg*innen aus den anderen Bundesländern in der diesjährigen GFMK einen entsprechenden Beschluss gefasst und den Bund aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf zügig vorzulegen. – Das von meiner Seite zu diesem TOP.

Ich danke noch einmal dafür, dass Sie dieses wichtige Thema heute in den Ausschuss gebracht haben. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir darüber diskutieren. Um es noch einmal zu unterstreichen: Ich bin froh, dass sich auch der Bund dieser Thematik annimmt und hoffentlich zügig für einen klaren Rechtsrahmen sorgt, der für die Polizei und die Ordnungsbehörden vor Ort die nötige Handlungssicherheit bietet.

Anja Butschkau (SPD): Zunächst ein herzlicher Dank an die Vorsitzende, die die Aktuelle Viertelstunde zugelassen hat. Außerdem danke ich Frau Ministerin Paul herzlich, von der ich heute nichts anderes erwartet habe. Entschuldigen Sie die persönliche Anmerkung. Mir ist klar, dass wir in diesem Ausschuss diesem Thema sehr ernsthaft begegnen. Darüber bin ich wirklich sehr beruhigt – nicht nur als Dortmunder Bürgerin, sondern auch als Frauenpolitikerin, weil ich leider der festen Überzeugung bin, dass Dortmund nur ein Beispiel für andere Situationen in Nordrhein-Westfalen ist. Frau Ministerin, Sie haben schon gesagt, dass solche Situationen schon stattfinden, und sie werden vielleicht in Zukunft weiter stattfinden.

Natürlich haben Sie sich auf die sogenannte Mahnwache am Samstag bezogen. Das war völlig klar. Gestern war ich in Dortmund zugegen. Da waren drei sogenannte Abtreibungsgegnerinnen und ganz viele Menschen um die 50 oder 60 Jahre, die sich dagegengestellt haben. Es gibt ein breites Bündnis in Dortmund, querbeet über alle Parteien, die sich dieses Thema zum Auftrag gemacht haben.

Aus meiner Sicht müssen wir höllisch aufpassen, dass das nicht in die Breite geht. Frau Ministerin Paul, deswegen bin ich wirklich sehr froh darüber, dass Sie versuchen, vom Land aus ein bisschen Druck – wobei „Druck“ vielleicht das falsche Wort ist – auf den Bund zum Thema „Gehsteigbelästigungen“ zu machen, wie ich es verstanden habe, damit da im Sinne einer Bannmeile oder Ähnlichem etwas passiert. Es muss etwas passieren. Da sind wir einer Meinung.

Klar ist, dass die ungewollt schwangeren Frauen, wenn sie einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen wollen, das Recht dazu haben und wir alles dafür geben müssen, dass sie dieses Recht in Anspruch nehmen können.

Außerdem müssen wir auch die behandelnden Gynäkologinnen und ihre Teams schützen. Ich habe gestern mit einer in Dortmund praktizierenden Ärztin aus den Niederlanden gesprochen. Sie ist nicht so ängstlich. Wir wollen aber nicht, dass irgendetwas passiert und all diejenigen schützen, die da tätig werden wollen, und uns mit ihnen solidarisieren.

Deshalb freue ich mich, dass wir in diesem Ausschuss heute noch einmal darüber reden, und würde mich noch mehr freuen, wenn wir das Thema an der einen oder anderen Stelle noch einmal aufnehmen würden.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte für unsere Fraktion nur sagen, dass wir teilen, was von der Ministerin und der Kollegin Butschkau ausgeführt worden ist.

Ich will damit überhaupt nicht die Aktuelle Viertelstunde kritisieren, empfehle uns aber, dass wir bei allem, was wir an Auseinandersetzung mit dem Thema weiter machen, überlegen, wo wir möglicherweise denjenigen, die es bewusst darauf anlegen, zusätzliche Aufmerksamkeit geben, wenn wir es in eine perpetuierte Beschäftigung bringen. Es ist gut, wichtig und richtig, dass das Thema hier einmal angesprochen wurde. Ich denke, dass es richtig und wichtig ist, dass der Fachausschuss sich einmal sehr klar dazu artikuliert. Deswegen vielen Dank an die Kollegen Butschkau.

2 No-Go-Area Internet? Sexualisierte Gewalt und Sexismus im Internet bekämpfen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1687

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen – federführend –, an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 24.11.2022)

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Anja Butschkau (SPD), eine Anhörung durchzuführen.

3 Schutz von Kindern und Jugendlichen vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1680

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 24.11.2022)

Vorsitzende Britta Oellers informiert, Vorschläge für Sachverständige für die vom federführenden Ausschuss beschlossene schriftliche Anhörung könnten über die Arbeitskreise der Fraktionen an den federführenden Ausschuss weitergeleitet werden.

4 Verschiedenes

– keine Wortbeiträge

gez. Britta Oellers
Vorsitzende

Anlage

16.01.2023/18.01.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.1 / A 03
Ausschussvorsitzende Britta Oellers MdL



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

ANJA BUTSCHKAU MDL
Frauenpolitische Sprecherin

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 38
F 0211.884-31 25
anja.butschkau@landtag.nrw.
de
www.spd-fraktion-nrw.de

28.11.2022

Beantragung einer Aktuellen Viertelstunde der SPD-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 1.12.2022 zum Thema: Abtreibungsgegner und Gehsteigbelästigungen in Dortmund am 26.11.22.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

am vergangenen Samstag, den 26.11.2022 kam es in Dortmund zu einer Mahnwache und Kundgebung von Abtreibungsgegner*innen vor einer erst kürzlich eröffneten Tagesklinik für Schwangerschaftsabbrüche. Hierzu wurde auch online mit einem Video aufgerufen.¹ Diese radikalen Aktivist*innen versuchten so Druck auf Gynäkolog*innen, ihre Mitarbeiter*innen und schwangere Frauen auszuüben. Auf den Internetseiten „menschenrechte.online“ und „kindermord.de“ wurde bereits im Vorfeld der Eröffnung der Tagesklinik gegen die Ärztin und auch den Eigentümer und Vermieter der Räumlichkeiten, drastisch bebildert, hetzerisch Stellung bezogen und unterschwellig das Auflauern von und Gewalt gegen Mitarbeiter*innen suggeriert²³.

Folgende Aspekte bitten wir einzubeziehen:

- Aktuelle Informationen zu dem Vorfall in Dortmund. Insbesondere zu Ablauf und Beteiligten.

¹ Siehe: <https://www.menschenrechte.online/2022/11/19/ruhrgebiet-steht-auf-gegen-dortmunder-spezialklinik-des-todes/>

² Siehe: <https://www.menschenrechte.online/2022/10/06/protest-bringt-die-rv-den-tod-in-dortmunds-koerne-kaufland-center/>

³ Siehe: <http://www.kindermord.de/Warnung-an-alle-die-sich-bei-den-Gynaikon-Kliniken-von-Gabie-Raven-bewerben>

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



- Aktuelle Informationen zu Aktivitäten und Akteure der Szene der Abtreibungsgegner*innen in NRW.
- Vorhabenplanungen und konkrete Hilfsmaßnahmen der Landesregierung, um Frauen bei einem Schwangerschaftsabbruch, aber auch Ärztinnen und Ärzte und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, sowie Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und deren Besucher*innen vor Anfeindungen und Bedrohungen zu schützen.
- Inwieweit bestehen Überlegungen, auch neue versammlungsrechtliche Regelungen zu treffen, um die Persönlichkeitsrechte schwangerer Frauen zu schützen?

Mit freundlichen Grüßen

Anja Butschkau MdL